

2 M 50 S, eine Eisenbahnfahrt, die vor dem Kriege 25 M kostete, würde auf 125 M bemessen usw. Zwar würde dann die Miete eines Ladens, die Mitte 1914 10 000 M jährlich betrug, 50 000 M kosten, die Gehälter der Gehilfen würden verfünffacht, die Spesen des Kommissionärs ebenso, die Honorare der Autoren müßten entsprechend steigen; aber da alle Welt das Gleiche rechnet, käme ja auch der fünffache Umsatz heraus und annähernd wohl auch der fünffache Nutzen. Alles wäre dann in schönster Ordnung: der Bankier würde ein Guthaben fünfmal so hoch auszahlen, eine Schuld von damals freilich auch in fünffachem Betrage fordern. Dann kann man ja auch für Nahrung, Kleidung und Wohnung das Fünffache zahlen, also für das Ei 60 S, statt 12 S, für Butter 8 M statt 1 M 60 S, das Pfund, für einen Anzug statt 80 M 400 M, für ein Paar Stiefel 75 M statt 15 M, für die Wohnung 5000 M statt 1000 M Miete, für Briketts 3 M 50 S, statt 70 S, den Zeniner usw. Es wäre vergleichsweise etwa so wie seinerzeit bei dem Übergang von der Talerwährung zur Markwährung. Die Ziffern aller Preise verdreifachten sich, ohne den geringsten Anstoß. Der große Unterschied zwischen damals und heute ist nun der, daß die stehenden Kapitalien und die unlaufenden sich nicht verfünffachen, sondern, verglichen mit dem alten Goldpreis, stark zusammengeschmolzen sind. Ein Haus, das vor dem Kriege 100 000 M wert war, wird heute nicht mit einer halben Million bewertet, sondern erzielt im freihändigen Verkauf etwa 150 000 M, also ~~250 000 M~~ sind verdunstet. Ein Bauerngut, das 1913 mit 60 000 M in Gold bezahlt wurde, steht etwa auf 120 000 M statt auf 300 000 M in Papier. Zinstragende Papiere aus älterer Zeit haben fast alle vier Fünftel ihres Wertes eingebüßt; eine Hypothek von damals bringt statt Gold Papiernoten, und was der Rentner dafür kauft, hat vielfach höhere Preise. Alle Sparer haben daher eingebüßt; wer vor dem Kriege Industriepapiere gekauft hatte, hat trotz des vielleicht höheren Kurses nicht gewonnen, sondern stark geblutet. Chemische Papiere, z. B. Höchster Farbwerke, standen vor dem Kriege 600, d. h. für eine Aktie mußte man 6000 M in Gold erlegen; wer sie heute verkauft, erhält etwa 3200 M in Papier, was nach amtlicher Festsetzung einem Goldwerte von 660 M gleichkommt; also sind von den ehemaligen 6000 M nicht weniger als 5340 M verschwunden, 89% sind verloren, 11% sind übrig geblieben. Von dem Rest von 11% verlangt die Steuerbehörde noch Reichsnotopfer und sonstige Kapitalabgaben. Wer mit Glück operiert und sein Vermögen von 100 000 M in Gold ziffernmäßig auf 200 000 M in Papier gebracht hat, besitzt in Wirklichkeit nur ein Fünftel davon, also bei der Verdoppelung zwei Fünftel, statt 100 000 M in Gold also 40 000 M Goldwert; trotzdem wird aber behauptet, er habe gewonnen. Selbst der Kriegsgewinnler hat sein wirkliches Vermögen nicht vermehrt, wenn er nicht den fünffachen ziffernmäßigen Betrag erlangt hat, den er 1914 besaß.

Daß es sich hier nicht um Kapitalsverschiebung, sondern um Kapitalschwund handelt, geht aus folgenden Erwägungen hervor. Der Staat beschafft Kanonen, Granaten, Sprengstoffe, baut Kriegsschiffe (zu je 50 Mill. Mark), Flugzeuge, Luftschiffe, von denen heute fast nichts mehr da ist; die Kanonen sind unbrauchbar geworden oder erbeutet, die Granaten sind zersprungen wie Seifenblasen, das Pulver ist verpulvert, die Kriegsschiffe sind versenkt, die Flugzeuge zerstört, die Zeppeline verbrannt. Die Krieger sind vergeblich gelöhnt worden, die Krüppel müssen erhalten, die Wittwen und Waisen unterstützt werden. Für alle diese Dinge und vieles andere mehr sind Anleihen aufgenommen worden, die dauernd Zinszahlungen erheischen; das ist so, als ob man für zerschossene Häuser von den ehemaligen Bewohnern dauernd Miete erheben wollte! Das Geld zur Kriegführung ist ebenso verschwunden, wie das für ein abgebranntes Feuerwerk. Anfangs genügten ja die Kriegsanleihen; erst traten dann die Goldmünzen vom Schauplatz ab, darauf verschwanden die Silbermünzen, zuletzt haben sich die Nickelstücke verkrochen. An ihre Stelle trat Papier, Papier, Papier; lauter Schuldscheine des Staates und der Gemeinden. Es heißt nun wie in Goethes Faust II:

Die Goldesportoren sind verrammelt,
Ein jeder krazt und scharrt und sammelt,
Und unsre Kassen bleiben leer . . .
Nun soll ich zahlen, alle lohnen,
Der Jude wird mich nicht verschonen,
Der schafft Anticipationen,
Die speisen Jahr um Jahr voraus.
Die Schweine kommen nicht zu Fette,
Verpfändet ist der Pfuhl im Bette,
Und auf den Tisch kommt vorgegessen Brot.

Das Kapital ist also zusammengeschrumpft; der Krieg hat es verzehrt. Nur die Löhne haben beim Wettlauf der Werte den Siegespreis erhalten. Das kommt daher, daß die Arbeitsstunde schließlich und endgültig der Maßstab ist, der die eigentlichen Werte bestimmt.

Bei der Vergleichung der Theorie und der Praxis wird natürlich in Betracht zu ziehen sein, daß sonst alles beim alten bleibe; wird also die Arbeitszeit von 10 Stunden auf 8 Stunden festgesetzt, bei sonst gleichbleibender Leistung, so muß natürlich das Entgelt entsprechend geringer sein — also für ehemals 100 M in Gold gäbe es dann heute nicht 500 M in Papier, sondern nur 400 M; für 30 M Wochenlohn in Gold bei zehnstündiger Arbeitszeit heute 120 M Wochenlohn in Papier bei achtstündiger.

Den Mut, den Lohn der Arbeit ziffernmäßig zu verfünffachen, haben aber die Staatsbehörden nicht. Zwar bessern sie die Gehälter nach und nach auf; aber für Briefbestellung 50 S, statt 10 zu fordern, wagt man nicht; so weit zu gehen, blieb der Zollbehörde vorbehalten. Denn die internationalen Verträge sind dagegen; und es wäre doch nicht nur ungereimt, sondern auch bedenklich, für einen Brief nach Amerika 20 S, für einen im Inlande aber 50 S zu verlangen. Die Aufbesserung des alten Postgeldes um 100% ist nicht überschreitbar. Die Folge ist, daß man auch die Friedensgehälter der Postbeamten nicht um mehr als 100% steigern kann, ohne daß dieser sozialisierte Betrieb im Ertrag zurückgeht. Man schaudert davor, auszurechnen, was aus der Post werden würde, wenn die Einnahmen sich nur verdoppeln, die Gehälter und Löhne sich aber verfünffachen würden. Dasselbe gilt von der Eisenbahn. Wenn die Kosten sich verfünffachen (für Gehalt und Lohn, Kohle, rollendes Material usw.), so kann man nicht mit dem doppelten Fahrpreis auskommen. Sonst kann die Eisenbahn bald einpaden. Schon jetzt werfen die Ereignisse ihren Schatten voraus; man sucht zu sparen, es soll möglichst wenig gereist werden, denn jede Zunahme des Verkehrs schreckt, wenn der Verkehr mehr kostet, als er einbringt. Eine gesunde Post, eine gesunde Eisenbahn muß mehr einbringen, als sie erfordert; denn sonst kann der Staat sie nicht erhalten. Er braucht den Überschuf u. a. für die Erhaltung der Schulen, für den Bau von Irrenhäusern und Gefängnissen, da die Benutzer dieser Gebäude keine Miete zahlen; er braucht den Überschuf vor allem, um zu beweisen, daß die Sozialisierung, auf die jetzt eifrig hingesteuert wird, sich lohnt. Denn wenn schon diese Betriebe nicht mehr lohnen, welche sollen sich denn in Zukunft lohnen? Und wenn alles sozialisiert wird, fallen alle Steuern weg, kein Privatkapital wird mehr aufgespeichert — und woher soll der Staat dann Anleihen aufnehmen? Wie soll er Zinsen (ans Ausland) zahlen?

Was für den Staat gilt, muß auch für Handel und Industrie maßgebend sein. Es ist leicht, zu zerstören, schwer, zu errichten; die Vernichtung geht rasch, der Aufbau langsam. Daß die Ausfugung der größten und glänzend entwickelten Betriebe in ganz kurzer Frist erfolgen kann, dafür hat die letzte Zeit Beispiele genug geliefert. Die Lähmung der Betriebe bringt aber Arbeitslosigkeit, also Lohnlosigkeit hervor; Arbeitslosenunterstützung ist aber eine verzweifelte Maßregel, der Arbeitslose verzehrt fremden Lohn statt eigenen; der Wirtschaftskörper lebt dann von seinem eigenen Blute; daß er dabei nicht zu Kräften kommen kann, ist einleuchtend. Er saugt sich selber aus.

Das Resultat dieser Betrachtungen nun ist dies: Es ist theoretisch erklärlich, daß heute wesentlich höhere Löhne und Gehälter gefordert werden; praktisch ist es aber für alle Beteiligten